

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

4. Zunahme deutschfeindlicher Bestrebungen

[urn:nbn:de:bsz:31-244622](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-244622)

- 15 schwere Batterien,
- 21 Pionier-Kompagnien,
- 6 Eisenbahn-Kompagnien,
- 2 Funker-Kompagnien,
- 7 Pionier-Bespannungs-Abteilungen,
- 22 Scheinwerferzüge,
- 2 Luftschiffer-Kompagnien,
- 20 Flieger-Abteilungen.

Von dem angeforderten Rüstungskredit sollen u. a. nach dem Bericht des Abgeordneten Elementel

- 17 Millionen für Eisenbahnen,
- 214 " " Artilleriesmaterial,
- 160 " " Geniematerial,
- 5,3 " " Pulver,

der Rest für Verbesserungen in der inneren Verwaltung und der Gesundheitspflege verwendet werden.

4. Zunahme deutschfeindlicher Bestrebungen.

Die Verhandlungen im Reichstage fanden am 7., 8. und 9. April 1913 in erster Lesung statt. Sodann vom 10. Juni ab in zweiter Lesung; am 28. Juni war die dritte Lesung; die Sozialdemokraten haben namentlich die zweite Lesung mit zahlreichen Anträgen und Reden aufgehalten. Abgeordneter Spahn erklärte die Zustimmung der Zentrums-Fraktion zur Vorlage aus den Gesichtspunkten, die schon unter 2 erörtert worden sind. Alle bürgerlichen Parteien nahmen einen ähnlichen Standpunkt ein. Die Sozialdemokraten stellten sich rein ablehnend, suchten namentlich jede Kriegsgefahr zu bestreiten, stellten Deutschland als den Friedensstörer hin. Demgegenüber konnte der Abgeordnete Erzberger am 8. April 1913 und 11. Juni 1913 betonen, wie die sozialdemokratische Presse selbst die Zunahme der deutschfeindlichen Bestrebungen und der nahen Möglichkeit eines Weltkrieges anerkennt:

„Ich nehme nur z. B. den „Vorwärts“ vom 28. Februar 1913, wo er mit Rücksicht auf Frankreich ausdrücklich schreibt:

Die Militaristen und Nationalisten wissen wenigstens, was sie wollen. Sie verfolgen mit der Aufpeitschung der chauvinistischen Empfindungen und der Erregung patriotischer Besorgnisse ihren politischen Profit . . . Die Säbelrassler in Aktivität und Pension, die die nationalistische Presse an Zeugenkarre treten läßt, versichern ja, daß die Schöpfer der zweijährigen Dienstzeit Dummköpfe oder Verräter gewesen seien. Und die Radikalen lassen sich einfach terrorisieren und halten still.

Damit geben Sie aus Ihrer eigenen Partei heraus zu, daß die große Masse der Parteien in Frankreich, hier in diesem Zusammenhang alle bürgerlichen Parteien in Frankreich, unter dem Druck der dortigen chauvinistischen Bewegung stehen. . . .

Ich könnte auf andere sehr interessante Ausführungen vom 6. Juni 1913 hinweisen, in welchen ein Albert Thomas in der gleichen „Neuen Zeit“ die politische Situation in Frankreich schildert. Er schreibt da, nachdem er vorher die Agadir-Affaire entwickelt hat:

In der Tat, seit Agadir haben wir in Frankreich eine förmliche Auferstehung der chauvinistischen Heßkampagne mitgemacht. Damals war das ganze Land in tiefer Ruhe, die öffentliche Meinung höchst besonnen. Man fürchtete wohl einen Angriff, man erwartete ihn, aber es kam zu keinem Eklat. Die damalige Regierung, es war die Cailleur, führte die begonnenen Unterhandlungen in voller Ruhe weiter, sie gab keinen Anlaß zu unüberlegten chauvinistischen Demonstrationen.

Aber als die Gefahr vorüber und ein neues Ministerium aus Ruder gekommen war, da begriffen die Nationalisten nur zu gut, wie viel Kapital sie aus der damaligen Stimmung schlagen konnten. Sie begannen ihren Vorstoß mit aller Energie. Ein Heßartikel jagte den anderen; bald anlässlich der Niederlagen der Türken, die von deutschen Generälen instruiert waren, bald anlässlich der von den bulgarischen Kanonen getanen Wunder, die in französischen Fabriken gegossen waren, usw.

Millerand wurde Kriegsminister; ihn besetzte der Wunsch, wie er sagte, „die Armee wieder auf das Niveau zu heben, auf dem sie vor der Dreifuß-Affaire gestanden hatte“. Dabei versank er im Geiste des alten Gamaschentropfes, führte den Zapfenstreich mit Musil und militärischem Gepränge wieder ein, stellte den alten Generalstab wieder in seiner Autorität her.

Ganz dasselbe trifft für das Anwachsen der militaristischen Strömungen in England zu. Noch am 19. März d. J. hat der „Vorwärts“ einen sehr interessanten Artikel gebracht, in dem er unter der Ueberschrift „Das Treiben der englischen Militaristen“ darlegte, wie von der unionistischen Partei, seitdem sie den Zolltarifstumpf in den Hintergrund stellte, systematisch die Frage der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den Vordergrund gedrängt wird.

Es war der alte Liebknecht und der alte Bebel, die schon vor 22 Jahren, im Jahre 1890 und 1893, offen ausgesprochen haben, wie gefährlich uns Rußland ist. Liebknecht sagte da, wie ich schon vor Jahresfrist erinnerte:

„Rußland spielt mit Deutschland wie die Katze mit der Maus, und wenn wir den Frieden mit Rußland und mit Hilfe Rußlands den Weltfrieden noch so ernstlich wollen, wir können ihn niemals bekommen. Rußland ist eine durch und durch despotische Macht, und das zarische Rußland muß seiner ganzen Natur nach ein erobernder Staat sein. Rußland kann in der Gestalt, die es gegenwärtig hat, seine Eroberungspolitik nicht aufgeben, es ist ein Raubstaat, der ohne Länderraub nicht bestehen kann. Also wenn wir auf ein friedliebendes Rußland rechnen, so täuschen wir uns. Das heutige Rußland wird stets eine Gefahr des Weltfriedens sein.“

Das ist schon am 28. November 1888 gewesen.

Dann hat hier der Abgeordnete Bebel ganz zutreffend in der großen Militärkommission vom Jahre 1893 die Situation des Deutschen Reichs gegenüber Rußland beleuchtet, er sagte:

Der gefährlichste Feind wird in der Zukunft nicht Frankreich, sondern es wird Rußland sein.

Und dann führte er aus:

Die Gefahr, daß Rußland seine Herrschaft auf ganz Europa ausdehnt, liegt näher als je. Je mehr Rußland sich dem Zustand nähert, mit dem gegenwärtigen Regierungssystem zu brechen, eine Art parlamentarische Regierung einzurichten, desto mehr wird es in der Lage sein, sich finanziell zu kräftigen, ungeahnte Hilfsquellen zu erschließen und uns dann anzugreifen. Unsere Lage wird daher von Jahr zu Jahr immer schlechter, und der europäische Krieg bleibt nicht aus, an welchem alle großen Staaten teilnehmen werden, und in welchem Deutschland den letzten Mann und den letzten Groschen für seine Existenz wird dransetzen müssen, weil es sogar nach drei Seiten zu kämpfen haben wird."

Haben sich nun vielleicht seit 1893 die Verhältnisse in Rußland in einem für Deutschland günstigeren Sinne entwickelt? Das wird doch wahrhaftig niemand behaupten wollen. Im Gegenteil, es ließe sich eine ganze Menge von Tatsachen anführen, daß dieses Verhältnis noch verschlechtert worden ist. Zunächst hat Rußland ganz kolossal gerüstet, auch im letzten Jahre gerüstet — eine Tatsache, die bisher in den Verhandlungen noch gar nicht zum Ausdruck gekommen ist. Ich weise auf die „Internationale Revue der gesamten Armeen und Flotten“ hin, die in einem Rückblick für 1912 über Rußland schreibt:

„Das wichtigste Gesetz, das der russischen Armee im Jahre 1912 übergeben worden ist, betrifft die allgemeine Wehrpflicht. Es hat ja lange Zeit gedauert, bis die Regierung sich zu diesen neuen Bestimmungen durchgerungen hat. Aber wenn ihre heilsame Wirkung nunmehr keinen Aufschub erleidet, kann Rußland einer neuen militärischen Ära entgegensehen.“

Dazu kommt, daß in Rußland infolge der panslawistischen Bewegung, die nicht so leicht hin abzutun ist, wie die Herren Sozialdemokraten es in diesen Debatten getan haben, die Abneigung gegen Deutschland von Jahr zu Jahr wächst. Es war mir sehr interessant — wenn man Ihre Parteiliteratur durchliest, findet man ja ab und zu sehr vernünftige Anschauungen über dieses Gebiet; nur im Reichstag kommen sie nicht zum Ausdruck — (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ranu!) — absolut nicht! —, daß einer Ihrer ganz Radikalen, ein Herr Silberding, gewiß ein ganz radikaler Herr, in der „Neuen Zeit“ vom 18. Oktober 1912, also längst vor unserer Vorlage, den sehr richtigen Satz schreibt:

„Nun droht Rußland allerdings die Gefahr innerer Umwälzungen. Aber andererseits bedeutet der Balkanrieg die Entfesselung aller nationalistischen Instinkte, die heute auch im russischen expansionstüftigen gewordenen Bürgertum ganz anders lebendig geworden ist als vor der Revolution, und auch für die russische Regierung kann ein Zeitpunkt eintreten, wo sie auch gegen ihren Willen in einen Krieg hineingerissen wird, der für sie allerdings zu früh gekommen sein mag.“

Wenn man sich diese Dinge betrachtet, so kann man sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, als gehöre ein Krieg in den nächsten Jahren überhaupt zu den Dingen der Unmöglichkeit. Kollege Duesel

bekannt in den „Sozialistischen Monatsheften“ ganz offen, daß mit der Möglichkeit eines solchen Krieges zu rechnen sei. Es gibt Radikale wie Revisionisten in der Sozialdemokratie, die über diese Tatsache völlig einig sind, und die diese Tatsache hervorgehoben haben, längst bevor bekannt wurde, daß von deutscher Seite eine neue Militärvorlage kommen würde. So hat der radikale Führer *Kautsky* — gewiß kein Revisionist — in der „Neuen Zeit“ vom 8. November 1912 geschrieben:

„Deute müssen wir mit der Möglichkeit eines Weltkrieges rechnen“;

der radikale Abgeordnete *Wendel*, unser Kollege, hat am 9. Oktober 1912, also längst vor dem Bekanntwerden unserer neuen Militärvorlage, in derselben „Neuen Zeit“ gesagt:

„Zur Stunde lebt der Frieden noch, wenn er auch in den letzten Zügen liegen mag. Aber die internationale Sozialdemokratie tut gut daran, auf alles gefaßt zu sein: Balkankrieg, Weltkrieg, Weltrevolution.“

Also der sozialdemokratische Abgeordnete *Wendel* gibt für seine Partei das Signal, sie möge auf alles, auf den Weltkrieg gefaßt sein. Dann aber kommt der sozialdemokratische Abgeordnete *Scheidemann* hier im Reichstage her und will eine furchtbar schwere Anklage gegen uns erheben, wenn wir das, was Herr *Wendel* für seine Partei in Anspruch nimmt, nun auf das ganze Deutsche Reich und auf das ganze deutsche Volk ausdehnen. Was ist das für ein doppelsinniges und zwiespältiges Verhalten, das in solchen Vorwürfen liegt! Das Maß der Fürsorge, das Sie für die Erhaltung Ihrer eigenen internationalen Sozialdemokratie für sich in Anspruch nehmen, dürfen wir doch auch für die Erhaltung unseres deutschen Vaterlandes, für die Gesamtheit, in Anspruch nehmen! (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.)

In allen diesen deutschfeindlichen Erscheinungen aber gehen die Sozialdemokraten achtlos vorüber, obwohl ihnen ebenso gut wie uns allen bekannt ist, was in einem nächsten Weltkrieg gerade für uns Deutsche auf dem Spiele steht. Was sagen denn die Franzosen zur Rechtfertigung ihrer neuen Rüstungen, die teilweise eingesetzt haben, längst bevor unsere Militärvorlage bekannt war, und die in erhöhtem Maße seit dem Bekanntwerden unserer Vorlage eingesetzt haben? Dort hört man zur Rechtfertigung dieser großen Opfer, die das französische Volk bringen soll, immer den einen Satz: „Wir wollen uns nicht noch einmal zwei Provinzen wegnehmen lassen!“ Dieser Satz ist die Kardinalbegründung, die Sie drüben in Frankreich immer hören. Glauben Sie aber, daß für uns in einem neuen Weltkrieg — den undenkbarsten Fall gesetzt, daß wir Unterlieger wären — nur die beiden Provinzen Elsaß und Lothringen in Frage ständen? Nein, ein für uns unglücklicher Krieg würde die Zertrümmerung des Deutschen Reiches im Gefolge haben — darüber ist sich jeder vollkommen klar, der die Presse aller uns umgebenden Mächte genau liest. Daraus müssen wir doch die Konsequenzen ziehen. Es ist nun einmal unser Unglück, daß wir auf der Weltkarte Europas so gestellt sind, daß wir viel größere Opfer zu bringen haben, als irgendein anderes Land, irgendein anderes Volk.

Auch in den Reihen der Sozialdemokratie findet sich dafür ein erfreuliches Verständnis; aber man zieht keine Konsequenzen daraus. — So gab der Sozialdemokrat *Leuthner* noch im März in den „Sozialistischen Monatsheften“ die eigentlich beste Begründung, die für eine deutsche Militärvorlage eigentlich gegeben werden kann, indem er ausführte:

„Deutschland mußte das Ausschäumen des französischen Kriegesgeistes nach der Marokkokrise, mußte die zweite Orientkriege erleben,

damit jedem anschaulich werde, wie verschieden die verschiedene Lage das deutsche und das englische Leben bedinge, und daß ein Kontinentalstaat seine Stärke und seinen Ehrgeiz nicht in der vollen maritimen Ebenbürtigkeit mit einem Inselstaat suchen könne. Das wirkliche deutsche Problem taucht vor dem Deutschen jetzt auf als einem aufs tiefste in die Schwankungen der kontinentalen Machtverhältnisse einbezogenen Volk, das zugleich durch seine Wirtschaftsentwicklung nach der See gebieterisch gedrängt wird, beiden Bedingungen seines Daseins zu genügen. Woran Venedig, woran Holland gescheitert sind, das hat jetzt Deutschland mit seiner unendlich größeren Menschenzahl und Gebietsweite durchzuführen: Noch nie war einem großen Volk eine schwierigere Aufgabe unter ungünstigeren Umständen gestellt.“ (Hört! hört! im Zentrum.)

Damit ist die tatsächliche Situation so präzise und knapp zusammengefaßt, daß es mir ganz unverständlich ist, wie ein Sozialdemokrat die glatte Ablehnung der Vorlage vertreten kann. Nun ein zweites! Von französischer Seite — nicht von sozialdemokratischer — wird systematisch in den letzten Monaten immer ein anderer Gedanke mehr in den Vordergrund geschoben als je früher. Das ist der: wir Franzosen sind mit der dreijährigen Dienstzeit, mit der Wiedereinführung derselben am Ende unserer Leistungsfähigkeit, was die Personenzahl anlangt. Aber — das können Sie oft in französischen Zeitungen lesen —: wir haben Geld, wir haben viel Geld, und es soll uns auch etwas kosten, um die Menschenzahl, die wir nicht haben, auf der anderen Seite mobil machen zu können. Wir unterstützen Rußland in der Durchführung seiner großen Maßnahmen zur Reorganisation des Meeres, weil wir wissen, daß es die beste Kapitalanlage für uns Franzosen ist, wenn Rußland militärisch auf der anderen Seite des Deutschen Reiches stark dasteht.

Der französische Nationalökonom Théry hat kürzlich eine sehr interessante Aufmachung nach dieser Seite gemacht. Er sagte: „Deute steht es so, daß auf 100 Franzosen 166 Deutsche kommen. Aber — sagt er — dafür kommen auch auf 100 Deutsche bereits jetzt 212 Russen auf der anderen Seite. Es ist ja offenkundig, daß die nationalistische Bewegung Frankreichs ihre größten Hoffnungen auf die Verjüngung und Verstärkung der Wehrkraft in Rußland drüben setzt.“

5. Die Vermehrung der Kavallerie

fand im Zentrum lebhafte Bedenken; von den geforderten sechs neuen Regimentern wurden zuerst nur drei Regimenter genehmigt und erst in dritter Lesung alle sechs Regimenter, namentlich aus dem Grunde, um einen genügend starken Grenzschutz zu haben. Drei Kavallerieregimenter kommen nach dem Osten, davon eines ins oberbayerische Industriegebiet und drei nach dem Westen. Die Vermehrung der Kavallerie hat seit 1870 sich gegenüber anderen Waffen erheblich verlangsamt, wie folgende Tabelle sagt: